

# Endlich in Sicherheit?

Reinhard Pohl

*Eine neue Veröffentlichung greift mit der Bedrohung von Geflüchteten in Deutschland durch transnationale Netzwerke ein bis dato eher tabuisiertes Thema auf.*

Am 1. Juli 2022 lebten in Deutschland 44.313 Menschen, die Asyl bekommen hatten. Dazu waren 767.217 weitere Menschen als Flüchtlinge (nach der Genfer Konvention) anerkannt. Dazu kamen 265.886 Menschen mit subsidiärem Schutz. Dazu lebten hier 142.438 Menschen mit einem Abschiebeschutz. Deutschland schützt also zurzeit mehr als 1,2 Millionen Menschen, die diesen Schutz beantragt haben. Aber werden sie wirklich geschützt?

In diesem Buch werden die Gefahren beschrieben, mit denen die Schutzsuchenden (und vermeintlich Geschützten) noch rechnen müssen. Dabei geht es zunächst um rassistische Gewalt, um organisierte Überfälle oder spontane Angriffe, mit denen vor allem diejenigen rechnen müssen, die „anders“ aussehen. Vor allem geht es aber um Regierungsgegner, die hier von ausländischen Botschaften und Geheimdiensten nicht nur beobachtet, sondern auch bedroht und manchmal angegriffen werden. Die Autor:innen beschreiben dabei die Gefahren für Geflüchtete aus Eritrea, aus dem Iran, aus Syrien und aus der Türkei. Am Schluss geht es um diejenigen, die hier den Islam verlassen und daraufhin auch von anderen Geflüchteten, von Nachbarn im Flüchtlingsheim bedroht oder angegriffen werden.

Allen gemeinsam ist, dass sich der deutsche Staat und seine Organe, vor allem die Polizei, dafür recht wenig interessieren. Oft wird der vom »Bundesamt für Migration und Flüchtlinge« durch den positiven Bescheid versprochene Schutz nur allgemein gewährt, im Einzelfall aber dann doch nicht. Gelegentlich gibt es spektakuläre Fälle: 2017 wurde Trinh Xuan Thanh in Berlin über Prag nach Vietnam entführt. Ihm war allerdings noch

## Buchbesprechung

kein Schutz zugesagt worden, am nächsten Tag hätte er seine Anhörung beim BAMF gehabt. Seine Entführer bekamen in Vietnam Orden, er selbst wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. 2019, wieder in Berlin, wurde der Georgier Selimchan Changoschwili erschossen. Der Täter wurde gefasst, das Kammergericht stellte fest, dass die russische Regierung diesen Auftragsmord organisiert hatte, und verurteilte den Täter zu lebenslanger Haft.

Das sind nur einzelne Beispiele, es gibt sehr viel mehr Morde und Anschläge, die Menschen im Exil, Oppositionelle, betreffen. In vielen Fällen wussten die Betroffenen, dass sie bedroht waren, hatten das auch im Asylverfahren angegeben – ohne Reaktion bei den Sicherheitsbehörden. Andererseits gibt es Gruppen, die Geflüchtete bedrohen, und das wird oft von den Sicherheitsbehörden, vor allem der Polizei, tatsächlich bemerkt. Aber die Bedrohten werden oft weder darauf aufmerksam gemacht noch wirkungsvoll geschützt.

### »Gruppe Freital«

Darum geht es bei den ersten geschilderten Fällen im Buch. Geflüchtete wurden von der »Gruppe Freital« angegriffen, die nachts Sprengkörper an den Fenstern und Türen der Wohnung anbrachte und zündete. Sie bleiben unverletzt, wurden weiter entfernt untergebracht und konnten später nach Westdeutschland umziehen. Die Polizei vernahm sie zwar direkt nach dem Angriff, kümmerte sich dann aber nicht mehr um sie, das übernahmen Freiwillige aus der Zivilgesellschaft. Erst nach ihrem Umzug nach Westdeutschland meldete sich die dortige Polizei bei ihnen, die Täter wurden in einem Prozess teils zu hohen Gefängnisstrafen ver-

urteilt – auch weil das längst nicht die einzige Straftat der Gruppe war.

## Eritrea

Das zweite Beispiel betrifft Flüchtlinge aus Eritrea. Es gibt hier eine „gespaltene Diaspora“. Viele Menschen sind während des Befreiungskrieges aus Eritrea geflohen, sie flohen vor der äthiopischen Besatzung und haben die Befreiungsbewegung nie als Regierung des Landes erlebt, das seit 1991 unabhängig ist. Viele von ihnen sind heute eingebürgert und unterstützen die Regierung von Eritrea. Einige sind als Dolmetscher beim Bundesamt oder bei Beratungsstellen tätig und geben von dort aus Informationen über die Geflüchteten an die Botschaft weiter, die dann den Zugriff auf Angehörige in Eritrea veranlassen kann.

Die eritreische Botschaft erhebt hier von allen Staatsbürgern eine Steuer. Nach einer Intervention der Bundesregierung geschieht das nicht mehr offiziell, aber bestimmte Dienstleistungen wie die Ausstellung einer Geburtsurkunde oder die Verlängerung des Passes werden davon abhängig gemacht, dass die Zahlung nachgewiesen wird. Die Bundesregierung unterstützt das, indem sie darauf besteht, dass alle nicht als Flüchtling Anerkannten die Botschaft aufsuchen, um einen Pass zu beantragen oder zu verlängern. Auch der Familiennachzug wird von dem Besitz staatlicher Heiratsurkunden, Geburtsurkunden und so weiter abhängig gemacht. Auch eine Erbschaft wird von der Existenz von Quittungen für die Auslandssteuer abhängig gemacht, wenn die Erbin im Ausland lebt.

In Deutschland gibt es dazu noch jährliche Großveranstaltungen, die von Botschaft und regimetreuen Organisationen als „Kulturveranstaltung“ organisiert werden. Teils werden diese Veranstaltungen von Kommunen unterstützt und von deren Repräsentanten durch „Grüßworte“ aufgewertet, angeblich soll das der Integration dienen. Inzwischen gibt es regelmäßig Gegendemonstrationen von demokratischen Organisationen. Aber alle eritreischen Flüchtlinge hierzulande spüren den langen Arm der Regierung in Asmara.

## Iran

Die Iranische Regierung hat schon eine Reihe von Morden organisiert, unter anderem in Wien und in Berlin. In Berlin traf es die Führung der größten kurdi-

schen Partei im Restaurant Mykonos, wo man sich 1992 am Vorabend einer Sitzung der Sozialistischen Internationale traf. Die Mörder, die der libanesischen Hisbollah angehörten, wurden zwar gefasst und verurteilt, dann aber bald im Tausch gegen einen vom Iran festgenommenen Deutschen abgeschoben.

In Deutschland übt die iranische Regierung ihren Einfluss unter anderem über das »Islamische Zentrum Hamburg« aus, eine schiitische Moschee, die mit der Regierung in Teheran eng verbunden ist. Sie führt auch einen Dachverband IGS mit 150 Mitgliedsvereinen an, die über ganz Deutschland verteilt sind. Das ehemalige IGS-Vorstandsmitglied Dawoud Nazirzadeh ist in der SPD und der Friedrich-Ebert-Stiftung aktiv.

Die Einrichtungen arbeiten mit Vereinen der libanesischen Hisbollah zusammen, die teils ihr Schwergewicht auf Spenden-sammlungen und Hilfsprojekte legen.



Sie organisieren allerdings auch die Al-Quds-Demonstration in Berlin. Mehrfach wurden eingebürgerte Iraner:innen, die in den Iran reisten, dort aufgrund ihrer Aktivitäten in Deutschland verhaftet. Der Iran entlässt niemanden aus der Staatsangehörigkeit, Eingebürgerte bleiben (auch) Iraner:innen.

Im Interview berichtet Mina Ahadi von der latenten Bedrohung durch hier lebende Stellvertreter der iranischen Regierung. Sie war nach ihrer Flucht aus dem Iran 1990 lange in Österreich aktiv. Nach der Zunahme der Drohungen ist sie nach Deutschland umgezogen, womit die Bedrohungen aber nicht aufhörten.

## Syrien

Der syrische Geheimdienst oder, besser gesagt, verschiedene syrische Geheimdienste waren und sind in Deutschland schon lange aktiv. Im Krieg funktionieren natürlich etliche Strukturen nicht mehr so gut, aber Oppositionelle können auch in Deutschland nie sicher sein.

Besonders schwierig ist für die meisten, dass das Bundesamt auch bei Deserteuren oft keine politische Verfolgung annimmt, sondern nur „subsidiären Schutz“ gibt. Das bedeutet, sie bekommen keinen blauen Flüchtlingspass, sondern müssen einen syrischen Pass beantragen oder verlängern – und zu diesem Zweck nicht nur die syrische Botschaft aufsuchen und hohe Gebühren bezahlen, sondern auch ihre Identität als politische Flüchtlinge offen legen, was in Syrien lebende Angehörige gefährden kann. Zwar hat Syrien inzwischen ein Online-Antragssystem eingeführt, was die direkte Kontaktaufnahme ersetzt, die Gebühren und die Datenübermittlung bleiben jedoch ein Problem.

Allerdings gibt es in Deutschland auch Prozesse gegen Flüchtlinge, bei denen sich später herausstellt, dass sie (zeitweise) für die Diktatur gearbeitet haben. Mehrere frühere Folterer wurden schon vor Gericht gestellt.

## Informationsbedarf

Schließlich werden die Bedrohungen für Flüchtlinge aus der Türkei vorgestellt, außerdem die Bedrohungen für diejenigen, die den Islam verlassen haben. Hier gehen die Bedrohungen oft von Mitbewohner:innen in Flüchtlingsunterkünften und den Dolmetschenden beim Bundesamt aus. Die Autor:innen konstatieren allerdings, dass es noch viel zu wenige Informationen dazu gibt. Es ist zu hoffen, dass viele vor Ort Tätige das Buch lesen und sich und diese Bedrohungen kümmern.

Randi Becker & Philipp Wilhelm Kranemann (Hg.): Endlich in Sicherheit? Bedrohung von Geflüchteten in Deutschland durch transnationale Netzwerke. NBKK, Gießen 2022, 286 Seiten, ISBN 978-3-00-072777-1, 16 Euro.

Reinhard Pohl ist freier Journalist aus Kiel, liest gern und ist Mitglied im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein.